

**Pressesprecher  
Bernd Sanders**Landeshaus  
24100 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444  
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>  
e-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)

## PRESSEMITTEILUNG

**Nr. 561/02 vom 19. Dezember 2002**

Energiepolitik

### **Dr. Trutz Graf Kerksenbrock: Bundesumweltminister in ideologischer Vergangenheit gefangen**

Zu den jüngsten Vorschlägen des Bundesumweltministers, die Bevölkerung über den Endlagerstandort Gorleben entscheiden zu lassen erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Trutz Graf Kerksenbrock, MdL:

„Mit der geplanten Volksabstimmung soll das „St. Florians-Prinzip“ institutionalisiert werden. Es ist der offensichtliche Versuch, sich aus der Verantwortung zu stellen, Verantwortung abzuwälzen und das, obwohl bei einer möglichen Ablehnung durch die Bevölkerung die Politik sowieso entscheiden muss. Der Bundesumweltminister will sich und die Seinen feige aus der Verantwortung stellen.“

Wenn, wie angedacht, der Bundestag bis zum Jahr 2004 über Kriterien befinden soll, nach denen eine bundesweite Endlagerstätte gesucht werden soll, so kann frühestens 2010 mit der 10 Jahre dauernden untertägigen Erkundung von Endlagerstätten begonnen werden – der St. Nimmerleinstag lässt grüßen. Dies ist umso unverständlicher, als Gorleben der einzige für hochradioaktive Abfälle genehmigte Standort für ein Zwischenlager ist. In Gorleben steht alles bereit. Aus fachlicher Sicht spricht gegen Gorleben bisher nichts, es sei denn, man ist in seiner ideologischen Vergangenheit gefangen. Wenigstens dies könnte Trittin zugeben.

Wieso die Einlagerung in Gorleben weniger geeignet sein sollte als Flächen unter freiem Himmel, direkt neben bestehenden und in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken bleibt das Geheimnis des Bundesumweltministers. Wenn selbst der aus 14 Natur- und Sozialwissenschaftlern bestehende Arbeitskreis keine Alternative zu einer unterirdischen Entlagerung sieht, müsste selbst Herrn Trittin die Absurdität seines Szenarios bewusst werden. Wenn es nach ihm geht, lagern im Jahr 2040 insgesamt sage und schreibe 24.000 Tonnen hochradioaktiver Abfälle oberirdisch und offen, direkt neben den Kernkraftwerken – dies ist eine unverantwortliche Politik.“